

Der Vollzugsdienst

6/2013 - 60. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Tarifvertreter fordern
Vorrang für die
BSBD-Forderungen**

Arbeitskreis-Tarif trifft
sich in Hagen

Seite 3

**Thomas Röther nimmt an
den World Games Spielen
in Kolumbien teil**

Das deutsche Team holt
die Bronzemedaille

Seite 15

**Noch ein weiter Weg bis zur
Gleichstellung der im Justizvollzug
Beschäftigten in Europa**

Justizgewerkschaft „Sappe“ engagiert
und kümmert sich um ihre Mitglieder

Seite 44

Bundesleitung und Redaktion wünschen ein
besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2014



Fachteil: Anspruch auf Überstundenvergütung



Hamburg Seite 30



Niedersachsen Seite 47



Rheinland-Pfalz Seite 65

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1** Jahreswechsel – Zeit zurückzuschauen und Bilanz zu ziehen
- 3** Arbeitskreis Tarif trifft sich in Hagen – Tarifvertreter fordern Vorrang für die BSBD-Forderungen
- 4** Initiative zur Tarifpflege
Neugestaltetes Tarifrecht beansprucht bundesweite Geltung

LANDESVORBÄNDE

- 5** Baden-Württemberg
- 17** Bayern
- 18** Berlin
- 22** Brandenburg
- 26** Bremen
- 27** Hamburg
- 32** Hessen
- 39** Mecklenburg-Vorpommern
- 44** Niedersachsen
- 49** Nordrhein-Westfalen
- 63** Rheinland-Pfalz
- 67** Saarland
- 70** Sachsen
- 76** Sachsen-Anhalt
- 78** Schleswig-Holstein

FACHTEIL

- 81** Urteil in Sachen Anspruch auf Überstundenvergütung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	bsbdbbrblgs@aol.com vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände		
Baden-Württemberg	Vorsitzende Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Willi Köbke	willikoebke@versanet.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

Landeshauptvorstand tagte am 25. Oktober 2013 in Stuttgart

Personalstand retten! Krankenstand heilen?

Flächendeckende Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-Befragung im Justizvollzug ist in Vorbereitung

Der BSBD-Landesverband schafft derzeit mit Anstrengung und viel Kraft auf einigen vordringlichen Baustellen. Es geht – wie üblich – um das Personal, um die Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten des Landes Baden-Württemberg. Großbaustellen, die sich unmittelbar vor uns auftun, sind die allgegenwärtigen Sparpläne der grün-roten Landesregierung, die nun vom Finanzminister in Orientierungspläne für die einzelnen Ressorts umgegossen werden sollen.

Diese Orientierungspläne enthalten die Sparauflagen, die jeder Landesminister bis 2020 – dem Jahr der verfassungsmäßig festgelegten Schuldenbremse – einzuhalten hat. Ausrichten werden sich diese Auflagen an den jeweiligen Anteilen, die die einzelnen Ressorts im Gesamthaushalt des Landes einnehmen. Das Justizressort ist mit vergleichsweise bescheidenen sieben Prozent der Finanzmittel am Gesamthaushalt sicherlich nicht an der vordersten Sparfront, doch könnte der Justizvollzug einen von dieser Prozentzahl abgeleiteten Personalabbau – von rund 260 Stellen – unter gar keinen Umständen verkraften. Hierzu hat der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** unverzüglich eine Pressemitteilung gestartet, die im Lande weite Verbreitung fand. (s. VOLLZUGSDIENST 4-5/2013, S. 10f.) Allerdings ist zu bedenken, dass das Justizministerium kaum über Förderprogramme oder Subventionsmittel verfügt, so dass sich irgendwo andere Quellen für die geforderten Einsparungen auftun müssten. So hat das Finanzministerium die Wege für die Sparstrategien offen gelassen. Ebenso gibt es nach Kenntnis des BSBD keine strikten zeitlichen Vorgaben, so dass die Sparbeiträge der einzelnen Ressorts zwar bis 2020 erbracht werden müssen, in welchen Jahren jedoch Sparschwerpunkte zu setzen sind, bleibt ebenfalls offen und den jeweiligen Ministerien überlassen. So wird es auf dieser Großbaustelle für den BSBD noch viel zu schuften geben.

Eine weitere Baustelle, in der es nicht so recht vorangeht und die dem BSBD besondere Sorgen bereitet, ist der hohe Krankenstand bei einzelnen Dienstgruppen und in verschiedenen Vollzugsanstalten.

Fehlzeiten von mehr als 30 Arbeitstagen pro Jahr sind weit oberhalb des Durchschnitts, so dass von einer zufäl-

ligen Abweichung nicht mehr gesprochen werden kann. Auf diesem Areal sind zwar mit dem landesweiten Gesundheitsmanagement in den Justizbehörden und punktuellen Maßnahmen in einzelnen Justizvollzugsanstalten erste Pflöcke eingeschlagen, es müssen jedoch aus Sicht des BSBD noch Grundlagen, Konzepte und darauf aufbauende wirksame Praxismaßnahmen geschaffen und entwickelt werden. Hierzu wurde bereits vorgeschlagen, eine flächendeckende Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-Befragung im Justizvollzug – sozusagen zur Diagnostik – durchzuführen.

Diese Anregung von BSBD und HPR, die auch von Justizminister **Rainer Stielberger** unterstützt wird, wird zurzeit im Justizministerium konzeptionell bearbeitet und soll alsbald eine konkrete Umsetzung erfahren.

Weitere, etwas kleinere Baustellen sind abgearbeitet und fertiggestellt: Hierzu gehören

- **die finanzielle Absicherung von jungen Kolleginnen und Kollegen beim Erwerb der neuen Uniform – ebenso die Anpassung der Dienstrangabzeichen bei den Tarifbeschäftigten** (s. auch AKTUELL 4/2013),
- **die Einführung zusätzlicher Urlaubstage für Schicht- und Wechseldienst leistende Bedienstete** (s. auch AKTUELL 5/2013) und
- **ganz neu: die erweiterte Möglichkeit des Bezugs von Trennungsgeld bei Versetzungen von Bediensteten infolge von Strukturveränderungen im Justizvollzug** (s. auch AKTUELL 6/2013).

Auch neue – oder brachliegende – Baustellen sind bereits eingerichtet, jedoch

bedarf es hier noch des kräftigen Zupackens; dies sind:

- **die strukturelle Gestaltung mit der Ausweisung von Funktionen im mittleren Verwaltungsdienst,**
- **die Übertragung der erhöhten „Gitterzulage“ auf die Tarifbeschäftigten,**
- **die Entwürfe zur Qualitätssicherung und -entwicklung im Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten (Standards für den Sozialdienst im Justizvollzug),**
- **ein Personalentwicklungskonzept für den höheren Dienst im Justizvollzug des Landes und**
- **die (freiwillige) Eingliederung der Justizvollzugsbediensteten in die freie Heilfürsorge – ggf. neben der Beihilfe – und**
- **nach nunmehr erfolgter Ablehnung des Finanzministeriums ein erneuter Anlauf zur Bewilligung von Vorsorgekuren für Bedienstete ab einer bestimmten Altersgrenze.**

Schließlich zeigt sich noch unverkennbar eine Großbaustelle am Horizont: dies



Alexander Schmid, BSBD-Landesvorsitzender (Mitte) ehrte und verabschiedete Dieter Schmucker (links) und Dieter Scheufler (rechts).

Foto: BSBD

sind die **Wahlen zum Hauptpersonalrat** am 1. (und 2.) Juli 2014. Hierzu bedarf es gemeinsam mit anderen Berufsverbänden aus der Justiz einer starken Position des BSBD zur weiteren effektiven Interessenvertretung für alle Justizbediensteten im Lande.

Last but not least: **Aus unserem ewigen „Luftschloss“ im südwestdeutschen Raum muss endlich eine**

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.



Beamendarlehen Zinssenkung September 2013
4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lz: 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundscheidevertrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

Baustelle aus Beton und Stahl werden! (Dies waren mit die wichtigsten Besprechungspunkte der Landeshauptvorstandssitzung vom 25.10.2013; ihrer Bedeutung wegen sollten sie bereits vorab erwähnt worden sein.)

Eröffnung, Begrüßung, Ehrungen

Kurz nach 9:30 Uhr begrüßte im Saal 101 des Commundo-Tagungshotels in Stuttgart der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** die rund 60 aus allen Landesteilen angereisten Mitglieder des Hauptvorstands.

Nach der namentlichen Benennung der entschuldigten Mitglieder galt sein besonders herzlicher Willkommensgruß den Ehrenmitgliedern **Erich Haag**, **Wolfram Müller** und **Hansjörg Schwab**.

Besondere Erwähnung – verbunden mit den besten Glückwünschen – fanden **Andreas Becker** als erneut gewählter Vorsitzender des OV Bruchsal und **Detlef Hamacher** als ebenfalls neu gewählter Vorstand des BBW-Regierungsbezirksverbands Tübingen. Eigens begrüßte er auch den Gastredner der Versammlung – Herrn **Diplompsychologen Aslan Winkel** von der JVA Freiburg.

Besondere Hinweise gab der Landesvorsitzende auf die im Tagungsraum ausgelegten schriftlichen Produkte – wie die neuen Werbemappen, einen noch um die SEPA-Konditionen zu ergänzenden Flyer zum Kooperationsvertrag zwischen **BSBD** und dem Seniorenverband öffentlicher Dienst BW mit der Möglichkeit einer doppelten Premiummitgliedschaft sowie ganz besonders das Buch von Kollegen **Gerald Ludy** – Referatsleiter im Landesamt für Besoldung und Versorgung BW – mit dem Titel: „**Die Beamtenversorgung in Baden-Württemberg – Praxisleitfaden zur Alterssicherung der Landes- und Kommunalbeamten**“ (Hg.: Seniorenverband, 224 Seiten, Preis im Handel 29,90 €, für **BSBD**-Mitglieder 6,60 €)

Um noch etwas besonders Gutes an den Sitzungsanfang zu stellen, nahm der **Landesvorsitzende Schmid** sodann Ehrungen vor und zwar zur Verabschiedung von zwei langjährigen, stets hochwillkommenen Mitgliedern:

- Kollege **Dieter Schmucker** – Ortsverbandsvorsitzender a.D. und Vollzugsdienstleiter in Ulm – bereitet sich auf den verdienten Ruhestand vor und verläßt den LHV. Er ist – mit kurzer Unterbrechung – seit April 1978 Mitglied des **BSBD**, er war zunächst ab 1994 zweiter und ab 2000 erster Vorsitzender des Ulmer Ortsverbands.
- Kollege **Dieter Scheufler** – Lehrer i.R. bei der JVA Heilbronn und Fachgrup-

penvertreter des pädagogischen Dienstes – gehört seit Juli 1989 dem **BSBD** an; er war von 2005 bis 2007 stellvertretender Fachgruppenvertreter und im Anschluss bis 2013 sprach er dann im LHV für den pädagogischen Dienst. Selbstverständlich übte er diese Funktion auch im OV Heilbronn aus.

- Kollege **Manz**, der ebenfalls geehrt werden sollte, musste sich leider entschuldigen. Er war als stellvertretender Dienstleiter der landwirtschaftlichen Außenstelle Maßhalderbuch tätig und er vertrat als erster Fachgruppenvertreter den neu als Fachgruppe konstituierten landwirtschaftlichen Dienst im LHV seit 2000 bis zum Landesdelegiertentag in Schwäbisch Gmünd im Oktober 2013.

Die anwesenden Kollegen **Scheufler** und **Schmucker** erhielten vom Landesvorsitzenden **Schmid** unter großem Beifall der Versammelten jeweils ein feines Weinpräsent mit Sonderetikett des **BSBD** auf den Flaschen.

Der Einfachheit halber – und korrekterweise – hatten sie auch gleich ihre Nachfolger bzw. Nachfolgerin mitgebracht; dies sind für den OV Ulm: Kollegin **Swantje Gieger** und für den pädagogischen Dienst: Kollege **David de Vries** (JVA Pforzheim). Diese neuen Mitglieder wurden jeweils sehr herzlich im Kreise des LHV willkommen geheißen und ebenfalls mit großem Beifall begrüßt.



Alexander Schmid und Simon Raschke. Foto: BSBD

Und der Vorsitzende wurde zu einer späteren Stunde noch ein weiteres Weinpräsent los: Kollege **Simon Raschke** von der JVA Pforzheim hatte nämlich Geburtstag. Mit den Worten: „Wer trotz seinem Geburtstag an der Landeshauptvorstandssitzung teilnimmt und damit selbstlos **BSBD**-Priorität gesetzt hat, soll wenigstens etwas Feines zum Anstoßen bekommen!“ überreichte ihm Kollege **Schmid** den Präsentkarton mit Inhalt – und Gehalt!

Bericht des Landesvorsitzenden

Rückblick auf besondere Ereignisse

Landesvorsitzender Schmid ließ in seinem Bericht nochmal die besonderen Ereignisse der letzten Monate vor dem Landehauptvorstand Revue passieren. Dies waren insbesondere die Gespräche des **BSBD**-Landesvorstands auf hoher politischer Ebene und die Teilnahme des **BSBD**-Landesverbands an den großen Protestkundgebungen des BBW.

Da sich diese politischen Erörterungen auch gut in einen Jahresrückblick einfügen, hier die Übersicht:

- **23. April 2013:** Gespräch mit **SPD-Fraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel MdL** – zusammen mit dem **rechtspolitischen Sprecher Sascha Binder MdL** und dem **Strafvollzugsbeauftragten Ernst Kopp MdL** in Stuttgart. (Bericht: *VOLLZUGSDIENST 3/2013, S. 8ff.*)
- **29. April 2013:** Gespräch mit **Justizminister Rainer Stickelberger MdL** und dem Leiter der Abteilung Justizvollzug im JM – **Ministerialdirigent Ulrich Futter** – in Stuttgart. (Bericht: *VOLLZUGSDIENST 3/2013, S. 11ff.*)
- **3. Juni 2013:** Gespräch mit dem Arbeitskreis I – Recht und Verfassung – der **CDU-Fraktion** mit dessen Vorsitzenden **Bernd Hitzler MdL** und den **Landtagsabgeordneten G.M. Pauli, H. Rau, H. Rech, Dr. S. Scheffold** sowie dem **Strafvollzugsbeauftragten K. Zimmermann MdL** in Stuttgart. (Bericht: *VOLLZUGSDIENST 4-5/2013, S. 8ff.*)
- **16. September 2013:** Gespräch mit der Fraktionsvorsitzenden von **Bündnis 90 / Die Grünen Edith Sitzmann MdL** – zusammen mit dem **Strafvollzugsbeauftragten Jürgen Filius** und dem **Justiziar der Fraktion Jens Braunewell** in Stuttgart. (Bericht: *VOLLZUGSDIENST 4-5/2013, S. 11ff.*)

An den beiden großen **Protestaktionen des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW)** am 5. März 2013 und am 29. Juni 2013 – ebenfalls in Stuttgart – waren die Teilnehmer des **BSBD-Landesverbandes** mit großer Unterstützung aus verschiedenen Ortsverbänden – insbesondere vom OV Heilbronn – mit ihren **BSBD-Fahnen** nicht zu übersehen; dies waren sehr eindrucksvolle Bilder für die Öffentlichkeit und die Landesregierung. (Berichte: *VOLLZUGSDIENST 2/2013, S. 18f. und 4-5/2013, S. 7f.*)



Der BSBD vertritt seine Position aktiv im politischen Raum.

Schwerpunkte bei den politischen Gesprächen waren die eingangs dargelegten Personalthemen. Aber den Abgeordneten konnten auch viele Eindrücke und Gegebenheiten aus der alltäglichen praktischen Vollzugsarbeit vorgetragen werden, die sie – ohne je übertrieben zu haben – so noch nicht erfahren hatten und die sie still zuhören ließen. Hierzu gehörten beispielsweise die Schilderungen von allein eingesetzten Bediensteten bei ihrer Stockwerksarbeit mit 50 bis 60 Gefangenen oder die Vorführtätigkeiten zu Gerichten in Strafverfahren aus dem Bereich der organisierten (Gewalt-) Kriminalität mit vielen Angeklagten aus ebenso vielen JVA's oder auch zeitfressende Krankenhausbewachungen. Dies ließ vielfach sehr beeindruckte Gesprächspartner zurück, wobei ein Abgeordneter nach einem Besuch in einer Anstalt meinte, dass Schilderungen über die Personalausstattung in bestimmten Dienstbereichen keineswegs für die Öffentlichkeit geeignet wären, um dort keine Ängste auszulösen.

Zur aktuellen personalpolitischen Lage im Lande aus berufenem Munde

Zu diesem Thema konnte der Landesvorsitzende **Schmid** auf die Sitzung des **BBW**-Landeshauptvorstands zurückgreifen, die kurz zuvor am 7. Oktober 2013 in Böblingen stattgefunden hatte. Bei dieser Veranstaltung hielt auch Finanz- und Wirtschaftsminister **Nils Schmid** **MdL** eine Rede, in der er ansatzweise und noch unverbindlich seinen bzw. den Personalentwicklungsplan 2020 der Landesregierung vorstellte.

Hierzu in Anlehnung an die **BBW**-Verlautbarungen folgender Bericht:

„Der BBW-Beamtenbund Tarifrundung hat die Landesregierung zu einer grundlegenden Kursänderung im Umgang mit dem öffentlichen Dienst

und seinen Beamten aufgefordert. Es müsse Schluss sein mit den einseitigen Beamtenparolen, sagte BBW-Chef Volker Stich am Montag (07.10.2013) in Gegenwart von Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid vor dem Landeshauptvorstand seiner Organisation. Zugleich forderte er, die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückzunehmen. Der Minister reagierte ruhig, aber bestimmt. „Wir hatten Handlungsbedarf“, verteidigte er die Einschnitte der vergangenen Jahre, versicherte aber gleichzeitig: Das Feld sei bestellt. In dieser Legislaturperiode seien weitere Eingriffe weder bei der Beihilfe, noch bei Besoldung oder Versorgung vorgesehen.



BBW-Vorsitzender Volker Stich und Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Nils Schmid. Foto: Intern

Ein positives Echo für diese verhaltene Zusage blieb dem Minister ebenso versagt wie für seine skizzenhaften Ausführungen zum Personalentwicklungsplan 2020. „Sie erwecken den Eindruck, den Karren bewusst in den Dreck zu fahren, um sich dann dafür loben zu lassen, ihn wieder herauszuholen“, schimpfte **Cord Santelmann**, Vorstandsmitglied im **Philologenverband BW**. Er war bei weitem nicht der einzige, der Kritisches zu den Ausführungen des Finanzministers anmerkte.

Schmid hatte die Bedeutung des öffentlichen Dienstes als „Standortfaktor für die Wirtschaft“ unterstrichen. Diesen gelte es jetzt zu stärken, im Hinblick auf die demografische Entwicklung und vor dem Hintergrund extrem hoher Altersabgänge. Um qualifizierten Nachwuchs

zu gewinnen, setzt der Minister auf die „Vorteile des Beamtenberufs“. Er sprach von der Work-Life-Balance, die für Berufseinsteiger eine immer größere Rolle spiele, verwies auf die Arbeitsplatzsicherheit der Beamten, die vergleichsweise gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Diese Vorteile gelte es herauszustellen und zu optimieren, sagte **Schmid**. So denke man beispielsweise über Möglichkeiten zur Karriereplanung genauso nach, wie über die Einrichtung von Behördenkindergärten, oder über eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Ein so positives Bild des Beamtendaseins, wie es der Minister zeichnete, kann beim **BBW** niemand erkennen. Zwar bezeichnet **BBW-Chef Stich** die im Rahmen des Personalentwicklungsplans 2020 ins Auge gefassten Maßnahmen als einen guten und richtigen Ansatz. Für ihn ist aber die angemessene Bezahlung die Voraussetzung, um qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Deshalb müsse die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen werden, sagte **Stich** in Böblingen. Zugleich mahnte er den Finanzminister, insbesondere aber den grünen Koalitionspartner, es sei höchste Zeit für einen „dramatischen Politikwechsel“. Die Stimmung im öffentlichen Dienst sei so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Der **grün-roten Regierung** warf **Stich** vor, sie habe „massiv Geld von den Beamten abgezogen“. Dafür hätten **Bündnisgrüne** und **Sozialdemokraten** bei der Bundestagswahl von den Beamten die Quittung bekommen. „Die Verluste sind noch zu toppen“, warnte der **BBW**-Vorsitzende und forderte eine Umkehr im Umgang mit den Beamten. Dass diese bislang als einzige zur Sanierung des Haushalts herangezogen wurden, Sorge inzwischen auch außerhalb des öffentlichen Dienstes für Kritik und schade dem Image des Staates als Arbeitgeber.

Der **BBW** hatte die Sitzung des Landeshauptvorstands für den ersten Teil der Tagesordnung für die Presse geöffnet und so berichtete neben dem „**SWR-Fernsehen**“ auch die „**Schwäbische Zeitung**“ und die „**Südwestpresse**“ und die „**Rhein-Neckar-Zeitung**“ von den Ausführungen des Finanzministers und über die Kritik aus den Reihen des **BBW**.“ (Quelle: *bbw.dbb.delarchiv* vom 08.10.2013)



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfrägenagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholz
Pölat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weselo

Personalstand und -entwicklung im Justizvollzug

Sparbegehrlichkeiten aufgrund sinkender Gefangenenzahlen klare Absage erteilt

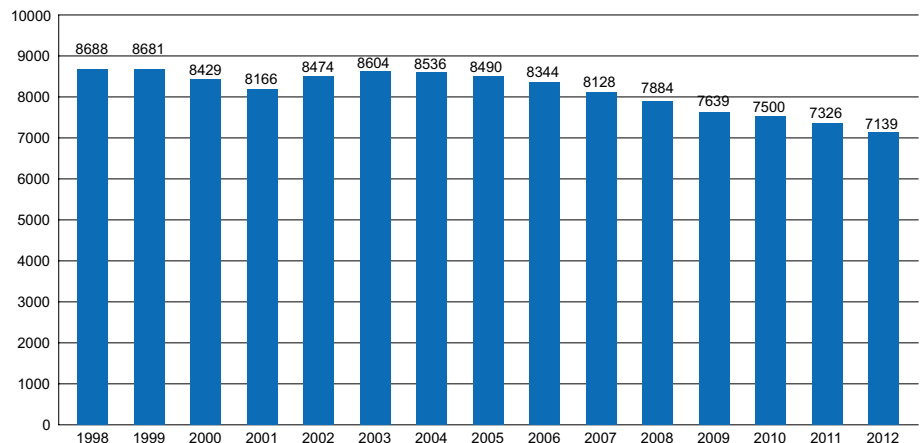
Wieder zurück zum Justizvollzug des Landes zeigte der Landesvorsitzende Schmid anhand einer Power Point Präsentation offen und ungeschönt die gegenwärtige Personalsituation in den Vollzugsanstalten auf und er stellte auch die für den BSBD als notwendig erachteten Weichen.

Der immer wieder aufkommenden Sparbegehrlichkeit aufgrund sinkender Gefangenenzahlen erteilte er eine klare Absage. Wenn in Zeiten höchster und unerträglicher Überbelegung in den Anstalten mit immenser Belastung für Bedienstete wie für Gefangene keine zusätzlichen Personalstellen geschaffen wurden, so sei man nunmehr allenfalls in einem Normalzustand angekommen (s. hierzu auch Bericht im *VOLLZUGSDIENST* 4-5/2013, S. 15 zur Denkschrift des Landesrechnungshofs). Es sei sicher nicht zu bezweifeln, dass bei den Gefangenenzahlen eine gewisse Entlastung eingetreten sei, wie aus **Grafik 1** hervorgeht.

Dennoch seien in unterschiedlichen Vollzugsformen – wie z.B. im offenen und geschlossenen Vollzug oder in Untersuchungshaft und Straftaft – durchaus voneinander abweichende Auslastungen der Haftplätze festzustellen und insbesondere die bundesvergleichende Statistik aus, dass gerade in Baden-Württemberg rund 42 Prozent der Gefangenen nicht einzeln untergebracht werden können (s. hierzu Titelblatt und Bericht im *VOLLZUGSDIENST* 4-5/2013 zu den höchsten Mehrfachbelegungen in den Hafträumen). Dies sei für das immer noch wohlhabende Land Baden-Württemberg ein schlechtes Zeugnis und

Zahl der Inhaftierten in Baden-Württemberg 1998 bis 2012
Gefangene gesamt 1998 bis 2012

Grafik 1



zeige auf, wie zwingend der Neubau einer weiteren Großanstalt (im südwestdeutschen Raum) sei – allein schon deshalb, um den Inhaftierten den verfassungsrechtlich verbrieften Anspruch auf „Einzelunterbringung während der Ruhezeit“ erfüllen zu können. Eine spürbare Entlastung für die Vollzugsbediensteten aller Dienstbereiche ist indessen nicht eingetreten, da sich auch die Gefangenen – zumindest teilweise – im Hinblick auf Gefährlichkeit und organisierte Vernetzung, auf Ablehnung jeglicher Mitarbeit und hohe Ansprüchlichkeit – manchmal mit gerichtlicher Unterstützung – verändert haben. Nun werde im Hinblick auf das Personal auch nicht verkannt, dass besonders aus Gründen der Abwehr von Gefahren für die Sicherheit und Ordnung – weniger indes für den Ausbau der Behandlung – gewisse Personalzugänge in den letzten Jahren stattgefunden haben. (*Siehe Grafik 2*)

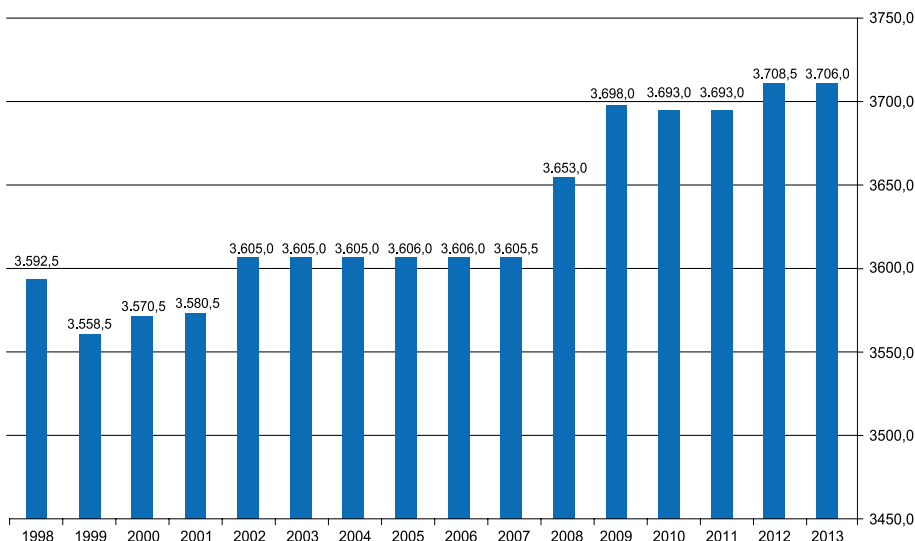
Hierzu liefern wir auch die Begründungen:

- **2007-2009: 92,5 Stellen** für die Neueröffnung einer Großanstalt sowie als notwendiger Stellenzuwachs zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung; darunter: **2008: 21 Neustellen** (alle allg. Vollzugsdienst) und **2009: 46,5 Neustellen** (36,5 AVD und zehn Fachdienste);
- **Nachtragshaushalt 2008:** sogenanntes 30-Mio. Programm zur Stärkung der Sicherheit und des Jugendvollzuges aufgrund eines außerordentlich schwerwiegenden besonderen Vorkommnisses in eine Jugendeinrichtung: Stellenzuwachs um **30 Stellen** (20 AVD, zwei Werkdienst, acht Fachdienste);
- gleichzeitig Wegfall von drei Stellen durch Aufgabe der Einweisungskommission (EWK);
- **2011-2012: 16 Stellen** wegen der Neuregelung der Sicherungsverwahrung aufgrund gesetzlicher Vorgaben des BVerfG als notwendiger Stellenzuwachs zur Aufgabenerfüllung: jeweils acht Neustellen für die JVA Freiburg und die JVA Bruchsal.

Trotz dieser aner kennenswerten Entwicklung hat es Baden-Württemberg nicht geschafft, im Ranking mit den anderen Bundesländern den zweit- bis drittletzten Platz im Zahlenverhältnis: Bedienstete zu Gefangenen verlassen und aufsteigen zu können. Der **BSBD** hat diese in „Arbeitskraftanteile je 100 Gefangene“ umgerechnete Maßzahl seit dem Jahr 2006 zurückverfolgt und feststellen müssen, dass sich die letzten drei Plätze seitdem die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg regelmäßig und redlich teilen. (*Siehe Grafik 3*) Nun könnte man Zahlenspielerien anstellen und ausrechnen, dass allein 360 zusätz-

Stellenentwicklung (Stellen Haushalt insgesamt) im Justizvollzug seit 1998

Grafik 2



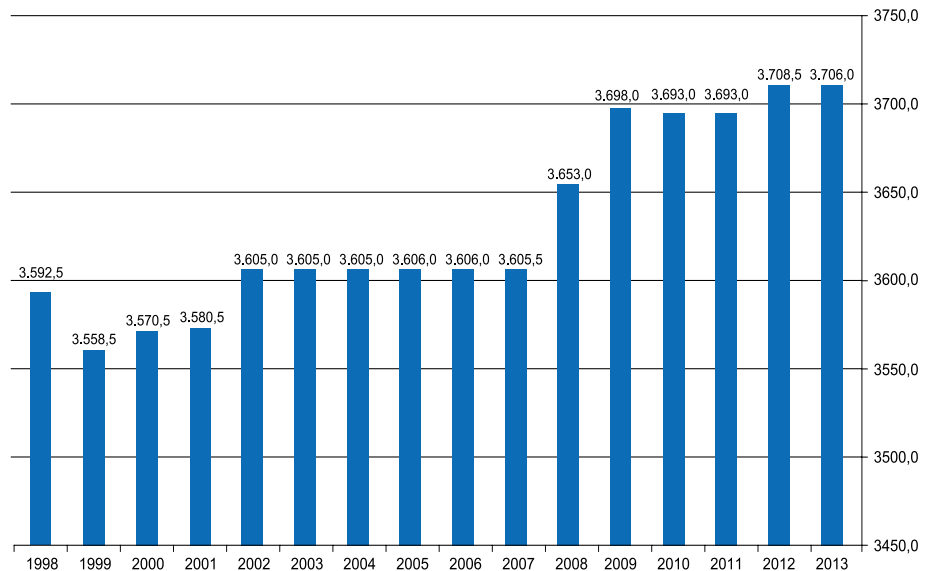
liche Stellen notwendig wären, um den baden-württembergischen Justizvollzug nur mal auf das Bundesniveau anzuheben. Eine Angleichung an den Spitzenreiter Hamburg würde gar 2.400 Neustellen erfordern. Auch das Bundesland Bayern ist am aufholen und könnte den letzten Platz verlassen, nachdem dort Finanzminister **Söder** im aktuellen Landeshaushalt 200 neue Vollzugsstellen eingestellt hat. Aber diese Spekulationen sind für den **BSBD** und für den baden-württembergischen Justizvollzug müßig. Wir sind zwar nicht erfreut darüber, zu den „Magermodels der Justiz“ zu gehören, wissen aber auch an konkreten Beispielen, dass Quantität nicht immer auch Qualität garantiert. Und zudem gab es auch schon verhaltene politische Signale, dem Justizvollzug bezüglich Stelleneinsparungen als „Schonbereich“ zu deklarieren.

Der Justizvollzug im Lande will deshalb – wie bisher – mit seinen gut ausgebildeten und engagierten Bediensteten ein hohes Maß an dienstlicher Kompetenz und Effektivität einbringen – dies erfordert aber zwingend, den derzeit gegebenen Personalstand ohne wenn und aber festzuzurren und keinerlei Abstriche zuzulassen.

Wer dennoch in den mehr als schlanken Personalkörper, unabhängig von den je-

Personalsituation 2012 im Justizvollzug der Bundesländer Arbeitskraftanteile je 100 Gefangene

Grafik 3



weiligen Laufbahnen, eingreifen wollte, der riskiert damit

- die Sicherheit der in den Vollzugsanstalten beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, die vielfach ihren Dienst alleine und ohne Absicherung verrichten;
- die Sicherheit der Gefangenen, die einen Anspruch auf körperliche Unversehrtheit während der Haft haben;

- die Sicherheit der Bevölkerung, da der Justizvollzug als eine tragende Säule der inneren Sicherheit auch den gesetzlichen Auftrag wahrnimmt, die Bevölkerung vor weiteren Straftaten zu schützen.
- die Aufgabe des gesetzlich verantworteten „Behandlungsgrundsatzes der Wiedereingliederung“ der Inhaftierten in die Gesellschaft.

Krankenstand – Gezielte Gesundheitsmaßnahmen vorschlagen

Erste Befragung soll im kommenden Jahr 2014 durchgeführt werden

Über den hohen Krankenstand im Justizvollzug – insbesondere beim allgemeinen Vollzugsdienst und in einzelnen Vollzugsanstalten – hat der BSBD-Landesvorstand bereits mehrfach und ausführlich berichtet (zuletzt im VOLLZUGSDIENST 1/2013, S. 7f.). Auch wenn Maßnahmen des eingeführten Gesundheitsmanagements inzwischen greifen und punktuell den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Angebote offeriert werden, zeigen sich noch keine durchgängig günstigen Auswirkungen.

Hierüber sind **BSBD**-Vorstand und Hauptpersonalrat nicht wenig besorgt und sie wollen deshalb auf den Gewinn von grundlegenden Erkenntnissen hinwirken, um darauf gezielt Gesundheitsmaßnahmen für alle im Vollzug vorschlagen zu können. Vielleicht wäre es mit einer solchen Basis auch möglich gewesen, die beim Finanzministerium beantragten und von dort nun abgelehnten Vorsorgekuren für ältere Bedienstete einrichten zu können.

Hinzu kommen allgemein noch die hohen Belastungen für diejenigen Be-

diensteten, die die Fehlzeiten ihrer Kolleginnen und Kollegen auffangen müssen sowie die enormen Kosten für Beihilfe und Krankenversicherung.

Ein wesentlicher Beitrag zur Bewältigung dieses Problems wird in einer landesweiten Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenbefragung in den Justizvollzugsanstalten des Landes gesehen. Auch hierzu gibt es schon vielversprechende Ansätze in zwei Anstalten, die bei der Hauptvorstandssitzung am 25.10.2013 vorgestellt wurden. Eine tragfähige Grundlage kann aber nach Meinung des **BSBD** nur dann geschaffen werden, wenn in der Zuständigkeit des Dienstherrn die Steuerung dieser Gesundheitsbefragung übernommen wird.

Dennoch wollte der **BSBD** dem Hauptvorstand die ersten Ansätze vorstellen:

Mitarbeiterbefragung in der JVA Schwäbisch Hall

Kollege **Thomas Schuh** hat als Vorsitzender des OV Schwäbisch Hall und in eigener Regie eine Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung – auch ohne Zustimmung der Anstaltsleitung – durch-

geführt. Ihn bewog auch als Mitglied des örtlichen Personalrats die Sorge um den hohen Krankenstand von 30 Prozent und somit um die Befindlichkeiten der Kolleginnen und Kollegen im Dienst sowie die Verantwortung, die er hierfür als Gewerkschafter zu tragen hat. Für die Befragung wählte er eine einfache – und gewiss nicht abgesicherte wissenschaftliche Form. Dennoch gab es Ergebnisse, die über das Ergehen der Bediensteten in der Anstalt Auskunft geben konnten.

An seine Kolleginnen und Kollegen teilte er zwei Karten aus: eine rote Karte mit der Frage: „Was macht mich krank?“ und eine grüne Karte mit der Frage: „Was hält mich gesund?“ Der Rücklauf betrug 78 rote und 80 grüne Karten.

Als Resultat war zunächst festzuhalten, dass viele „krankmachende“ Faktoren anscheinend auf vielfältige dienstliche Belange zurückzuführen waren, deren Ausgangspunkte bei Kollegen und bei Vorgesetzten, weniger dagegen bei Gefangenen auszumachen waren. Als „gesunderhaltende“ Umstände wurden insbesondere eine gute Kollegialität und Teamarbeit im Dienst sowie guter externer Rückhalt bei Familie und Hobbys

genannt. Diese Ergebnisse wurden auch in einer Personalversammlung eingehend und mit großer Beteiligung diskutiert und mit Kollege **Schuh** ist der Auffassung, dass man seitdem in der Anstalt mehr aufeinander achtet und mehr aufeinander zugeht. Eine Übertragung auf eine andere Anstalt oder gar eine Verallgemeinerung seiner Ergebnisse sei aber sicherlich nicht zulässig.

Mitarbeiterbefragung in der JVA Freiburg

Eine ganz andere Methode der Befragung stellte der vom Landesvorstand eingeladene **Anstaltspsychologe der JVA Freiburg – Aslan Winkel** – vor, der eine solche Befragung zur Gesundheits- bzw. Erkrankungsproblematik in der Anstalt vorgenommen hatte und der auf seine vorangegangene Tätigkeit in gleicher Sache bei der Polizei zurückgreifen konnte.

Diese Befragung ist allerdings bisher noch nicht vollständig ausgewertet und in der Anstalt erst teilweise erörtert, so dass Kollege **Winkel** hierzu keine Ergebnisse vortrug.

Er gab aber einen ausführlichen Einblick in den wissenschaftstheoretischen Ansatz einer solchen Untersuchung und in die Vielschichtigkeit der (sozial-)psychologischen Variablen.

Zur Beschreibung des Phänomens führte er den Fachbegriff „Absentismus“ ein, den er als „motivational bedingtes Fernbleiben vom Arbeitsplatz“ definierte. Dies müsse vom Begriff des Krankenstandes (Erkrankungen) und der betrieblichen Fehlzeiten (Urlaub, Fortbildung) abgegrenzt werden. Dies sei jedoch sehr schwierig und er räumte ein, dass die Grenzen zwischen echter Krankheit und motivationalem Fernbleiben fließend sein können. Er gab nun eine Reihe von sehr interessanten und zum Teil auch schwierig zu verstehende Erklärungsversuche zur Theorie, zur Entstehung und zu den Ursachen von Absentismus ab. Als bedeutsam für den Absentismus sei beispielsweise anzusehen:

- Konflikte und Probleme sozialer Art am Arbeitsplatz,
- gestörtes Vorgesetzten-Mitarbeiter-Verhältnis,
- unangenehme Tätigkeiten und Belastungen,
- fehlende Einweisung und Schulung,
- keine Auswirkungen auf Einkünfte und Aufstiegsmöglichkeiten,
- keine Einschränkungen oder Konsequenzen durch Kollegen oder Vorgesetzte,
- angenehme andere (externe) Beschäftigungen.

Man sieht, die Komplexität ist groß und die Aspekte könnten fortgesetzt werden.

Kollege **Winkel** ging dann auch noch auf Interventionsmöglichkeiten und präventive Maßnahmen ein, wozu auch die Personalauswahl zu einem frühen Zeitpunkt, nämlich bereits bei der Einstellung gehörte. Als Vorteile und Effekte einer Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung führte er an:

- Verbesserung der Organisationskultur in Form von Verbesserungen des Arbeitsklimas und damit der Mitarbeiterzufriedenheit,
- Feedbackfunktion und „Spiegel“ für Führungskräfte,
- Regelmäßige Berichtsform und systematische Fortentwicklung
- Impulsgeber für Veränderungen.

Sachstand: Mitarbeiterbefragung im baden-württembergischen Justizvollzug

Wie dem **BSBD**-Landesvorstand bekannt ist, hat Justizminister **Stickelberger** dem Hauptpersonalrat auf dessen

Antrag zugesagt, eine flächendeckende Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung im Justizvollzug durchführen zu lassen. Die Abteilung IV des Justizministeriums wurde beauftragt, bis Spätjahr 2013 eine entsprechende Konzeption zu entwickeln. Dabei soll auch der HPR eng in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Wir sind deshalb der Meinung, dass damit ein riesiger Schritt gelungen ist und dass ein seit langem vorgetragener Wunsch sowie eine Forderung des **BSBD** und des HPR nun vor der konkret-praktischen Umsetzung stehen; denn eine erste Befragung soll unter Berücksichtigung von Vorerfahrungen im kommenden Jahr 2014 durchgeführt werden.

(Wegen der Komplexität und der Bedeutung dieses Themas zum Krankenstand im Justizvollzug werden wir voraussichtlich in den nächsten Ausgaben des VOLLZUGSDIENST weiter berichten. Red.)

Berichte und Bestellung von Fachgruppenvertretern

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichteten die fast vollständig anwesenden Fachgruppenvertreter von ihren gemeinsamen Tagungen, von den erörterten Sachfragen und von ihren Initiativen auf verschiedenen Gebieten; hierzu erscheinen auch regelmäßige Berichte im VOLLZUGSDIENST.

Wie bereits bei der Landeshauptvorstandssitzung am 1. März 2013 festgelegt und vereinbart, wurden nunmehr die zwischenzeitlich von ihren Fachgruppen gewählten und vorgeschlagenen Fachgruppenvertreter vom LHV per Akklamation bestellt:

Bestellung der Landesfachgruppensprecher des Landesverbandes

– Stand 11. Oktober 2013 –

Fachgruppe gem. §11 (2) Satzung	Bereits bestellt am 01.03.2013	Bestellung bei LHVS am 25.10.2013	Ersatzkandidat §15 (1) c Satzung
Höherer Dienst	Fr. Tecklenburg		NN
Ärztlicher Dienst		Rose	Galster
Gehobener Dienst	Fr. Ensle-Bohn		Haag
Sozialdienst		NN	NN
Mittlerer Verwaltungsdienst	Frank		Bittner
Technischer Dienst/ Werkdienst		Rees	Müller
Allgemeiner Vollzugsdienst 1		Scheike	Rubertino
Allgemeiner Vollzugsdienst 2		Krabacher	
Krankenpflegedienst		Hamacher	Hörmann
Landwirtschaftlicher Dienst	Schäfer		NN
Pädagogischer Dienst		de Vries	Fr. Christeinicke
Tarifvertreter		Lehrer	Fr. Fimmeler
Weibliche Bedienstete	Fr. Tisljar		Fr. Maier
Ruhestandsbedienstete	Baumann		NN
Junge Bedienstete	Weimann		Rubertino
Psychologischer Dienst	Guggenheim		Mäckelburg

Vom Landesvorstand wird sehr bedauert, dass von der Fachgruppe Sozialdienst leider kein Vertreter bestellt werden konnte, da gerade wegen der vom Justizministerium vorgestellten Entwürfe zur Qualitätssicherung und -entwicklung im Sozialdienst (Standards für den Sozialdienst im Justizvollzug, s.o.) erhöhter Diskussionsbedarf und sehr wohl die Erfordernis für Stellungnahmen bestehen.

Diese Angelegenheit sollte spätestens im Frühjahr 2014 geregelt werden.

Organisation Mitarbeiterverwaltung:

„Wer macht Was?“

Die Geschäftsführerin Barbara Reber, die Vorstandsmitglieder Frank Maertins und Hans Karl sowie die für die Mitgliederverwaltung zuständigen Kollegen Martina und Walter Schmid haben in vorangegangenen Sitzungen die organisatorischen Abläufe und Zuständigkeiten vereinfacht, klar geregelt und wie folgt zu Papier gebracht:

- **Eintritt**
Mitgliedsantrag und SEPA an Mitgliederverwaltung
- **Austritt**
OV sendet Original-Austrittklärung und eingezogene Mitgliedskarte direkt an die Mitgliederverwaltung. Mitglied bekommt von MV schriftl. Bestätigung.
- **Tod eines Mitglieds**
OV oder Angehörige senden Sterbenachweis direkt an den Landeskassier Maertins.
- **Änderungen (Name, Anschrift, Bank)**
ausgefülltes und unterschriebenes Formular (Homepage) an Mitgliederverwaltung
- **Monatl. Veränderungsmitteilung (OV)**
Bis zum 15. des Monats per Mail an

die Mitgliederverwaltung

- **Rechtsschutz**
Antrag (Homepage) mit Unterlagen an Landesgeschäftsstelle.
- **Zuschuss kulturelle/sportliche Veranstaltungen**
Vorab formlose Info an den Landeskassier (Veranstaltungsort und Mitgliederzahl. Nach der Veranstaltung Vordruck (Homepage) an den Landeskassier Maertins.
- **Mitglied wechselt Dienststelle**
Bei Versetzung und Abordnung über sechs Monate an Mitgliedsverwaltung (durch OV)
- **Verlust Mitgliedskarte**
Karte bei Koll. Rinklin beantragen:
lars.rinklin@jvaheilbronn.justiz.bwl.de
- **Homepage**
Änderung „Besetzung“ OV-Vorstand und örtl. FG-Vertreter an Frank Maertins: **service@planet-maertins.de**
Berichte OV-Versammlungen, Tagungen, Veranstaltungen an Wolfgang Klotz: **BSBD.wok@t-online.de**
- **Berichterstattung „Der Vollzugsdienst“**
Alles an den Pressereferenten Wolfgang Klotz
- **Reklamation „keinen Vollzugsdienst“ erhalten**
an den stellv. Landeskassier Hans Karl

• **Mitglieder-Ehrungen**

Anforderung von Urkunde und Nadel bei der Mitgliederverwaltung

• **Beitragsrückerstattung**

Zuständig: Landeskassier Maertins

• **Werbemappen**

Anforderung bei der Landesgeschäftsstelle

Kontaktdaten:• **Mitgliederverwaltung**

Martina und Walter Schmidt:

bsbd.schmid@kabelbw.de

Walter-Sigel-Str. 17, 70439 Stuttgart

• **Geschäftsstelle**

Barbara Reber:

bsbd.bawue@t-online.de

Moserstr. 26, 70182 Stuttgart

• **Landeskassier**

Frank Maertins:

bsbd.landeskasse.bw@email.de

Kapellenweg 9, 79232 March

• **Homepage**

Frank Maertins:

service@planet-maertins.de

• **Stellvertr. Landeskassier**

Hans Karl: **bsbdkarl@web.de**

• **Pressereferent**

Wolfgang Klotz:

BSBD.wok@t-online.de

• **Mitgliedskarten**

Lars Rinklin:

lars.rinklin@jvaheilbronn.justiz.bwl.de

Personalratswahlen im Juli 2014

Weitere Stärkung der Rechte der Personalvertretungen

Nach der Behandlung weiterer verbandsinterner Tagesordnungspunkte – wie Haushaltsvoranschlag 2014, Rechtsschutzangelegenheiten, Ehrenordnung, Anträge u.a. – gab der Erste stellvertretende Landesvorsitzende und zugleich Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Justizministerium Georg Konrath eine Reihe von Informationen zu den 2014 anstehenden Personalratswahlen in Baden-Württemberg.

Der Wahltermin ist bereits festgelegt und auf den 1. Juli 2014 – für Vollzugsbedienstete wegen des Wechseldienstes auch noch am 2. Juli 2014 – anberaumt. Zudem wird empfohlen, auch die Möglichkeit der Briefwahl zu nutzen, da sich viele Kolleginnen und Kollegen bereits im Urlaub befinden werden; denn es ist sehr wichtig für den Vollzug als relativ kleiner Gruppe in der Justiz, eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen, um auch künftig mit starkem Mandat unsere vielfältigen Interessen vertreten zu können.

Weiter führte er aus: Nach der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) werden die Personalvertretungen eine weitere Stärkung ihrer Rechte erfahren. Für den BSBD-Landesverband ist es deshalb umso wichtiger, die seit Jahren bestehende enge

Zusammenarbeit mit den Personalräten konsequent fortzusetzen und weiter zu entwickeln.

Im neuen LPVG wird erstmals die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalratsvorsitzenden (ARGE-HPR) verankert sein; das bedeutet, dass die ARGE künftig noch stärker in der Landespolitik vertreten sein wird. Unter anderem ist künftig vierteljährlich ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten vorgeschrieben. Zudem ist bezeichnend, dass schon jetzt der Vorsitzende der ARGE regelmäßiger Teilnehmer in der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur (KHV) – dem zentralen und entscheidenden Sparorgan der Landesregierung – ist. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, die Position des HPR der Justiz in der ARGE zu verankern, in der Kollege



Georg Konrath bei der LHVS. (Foto: BSBD)

Konrath derzeit stellvertretender Vorsitzender ist.

Zur Wahl wird der BSBD wieder mit einer gemeinsamen Liste mit den anderen im BBW organisierten Verbänden unter dem Sammelbegriff „AG Justiz“ antreten. Leider wird die Deutsche Justizgewerkschaft (DJG) – auch im BBW organisiert – sich nicht an der Liste beteiligen. Damit dürfte es – wie in den letzten Jahrzehnten üblich – drei um die Wählergunst konkurrierende Listen: AG Justiz, DJG und Verdi geben. Für den BSBD ist es wichtig, dass möglichst aus

jeder JVA ein Beamtenvertreter antreten wird – noch bedeutsamer ist aber, so viele **Arbeitnehmer (Angestellte)** wie möglich für eine Kandidatur zu gewinnen. Daher werden alle Ortsverbände dringend gebeten, Kollegen **Konrath** baldmöglichst Kandidatinnen und Kandidaten aus diesem Dienstbereich zu melden. Für Beamte endete die **Meldefrist am 31.10.2013**. Bis dahin noch nicht besetzte Listenplätze werden bei der anstehenden Personalratetagung nachbenannt. **Bei den Arbeitnehmern ist eine Nachmeldung noch bis Anfang 2014 möglich.**

Interessierte Bewerberinnen und Bewerber können sich auch direkt an Kollegen **Konrath** oder an die **BSBD-Landesgeschäftsstelle** wenden.

Für die örtlichen Personalratswahlen wird der Landesvorstand wie immer keine Vorgaben zu Listenverbindungen machen, da es zu unterschiedliche „Traditionen“ in den einzelnen Anstalten gibt. Dort wo eigene **BSBD-Listen** antreten, können unter Kostenbeteiligung des Landesverbandes Wahlprospekte – mit den Kandidatinnen und Kandidaten – gedruckt werden. Hierzu ist Kontakt mit dem Landesvorstand bzw. der Geschäftsstelle aufzunehmen.

Klares Ziel des BSBD ist es, das sehr erfolgreiche Wahlergebnis aus dem Jahr 2010 zu wiederholen – oder gar zu toppen, denn derzeit sind – bis auf einen – alle Personalratsvorsitzende in den Justizvollzugsanstalten des Landes Mitglieder des BSBD!

Nächste Sitzung des Landeshauptvorstands

Auf Anregung des Landesvorstands und mit Zustimmung des Landeshauptvorstands wird es 2014 nur eine Hauptvorstandssitzung geben, die dann aber an zwei Tagen stattfinden wird.



Foto: W. Feldmann

Damit soll die Möglichkeit zum abendlichen Gedankenaustausch – ohne Tagesordnung und in aufgelockerter Atmosphäre – geboten werden. **Der Termin ist beim KJVS-Tagungszentrum in**

Herrenberg-Gültstein bereits angefragt und muss nur noch bestätigt werden: fest vorgesehen sind der 2. und 3. Juni 2014, also an einem Montag und Dienstag. (KJVS = Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg). wok/als/gek

An die Mitglieder des BSBD-Landesverbandes Baden-Württemberg

Gläubiger Identifikationsnummer: DE63BSA00000966410
Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer

Lastschriftanzeugen:

Information über den Wechsel der Lastschriftanzeugen vom Einzugsermächtigungsverfahren auf das SEPA-Basis-Lastschriftverfahren zum 15.12.2013.

Sehr geehrte Mitglieder,

bei der mit Ihnen bestehenden Mitgliedschaft nutzen wir die Lastschrift. Aufgrund der Umstellung des Zahlungsverkehrs auf die SEPA-Zahlverfahren stellen wir ab dem **15.12.2013** unsere Lastschriftanzeugen auf das europaweit einheitliche SEPA-Basis-Lastschriftverfahren um. Die von Ihnen bereits erteilte Einzugsermächtigung wird dabei als SEPA-Lastschriftmandat weitergenutzt. Dieses Lastschriftmandat wird durch

- die Mandatsreferenz (Ihre Mitgliedsnummer) und
- unsere oben genannte Gläubiger-Identifikationsnummer

gekennzeichnet, die von uns bei allen künftigen Lastschriften angegeben werden.

Da diese Umstellung durch uns erfolgt, brauchen Sie nichts zu unternehmen.

Die Lastschriften erfolgen wie bisher zu den jeweils fälligen Terminen. Der Einzug erfolgt von dem uns jeweils bekannten Konto. Sollten die Kontoangaben nicht mehr aktuell sein, bitten wir Sie um Nachricht. Ihre IBAN und den BIC finden Sie zum Beispiel auch auf Ihrem Kontoauszug.

Sofern Sie Fragen zu der Umstellung auf das SEPA-Basis-Lastschriftverfahren haben, kontaktieren Sie uns gerne unter: **bsbd.landeskasse.bw@email.de**

Mit freundlichem Grüßen

Frank Maertins, BSBD-Landeskasse BW

Neue blaue Uniform:

Das Polo-Shirt ist im Anmarsch

Ausgabezeitpunkt: Frühestens Sommer 2014

Das lange zähe Ringen hat sich gelohnt: Mit hohem Einsatz in der Arbeitsgruppe „blaue Uniform“ und mit entscheidender Unterstützung von Justizminister Rainer Stickelberger MdL, der auch Gefallen am Uniform-Polo-Shirt fand, ist es dem BSBD gelungen, dass auch die Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes künftig das modern geschnittene und sehr kleidsame Polo-Shirt überstreifen können.



Bei zwei Farbdessins von hell- und dunkelblau hat man von Seiten der Personalvertretungen weit überwiegend die dunkelblaue Variante vorgeschlagen. Offen ist noch die Frage einer Brusttasche, während Schulterklappen zum Shirt dazugehören sollen.

Am Ende soll es nun etwa so aussehen: Zu den Tragevorschriften ist anzumer-

ken, dass das Polo-Shirt – ebenso wie die Baseball-Cap – nur auf dem Anstaltsgelände getragen werden dürfen. Der voraussichtliche Bedarf pro Bediensteten und Jahr muss noch ermittelt werden.

Als Zeitpunkt der Ausgabe des Polo-Shirts wird von der zentralen Beschaffungsstelle frühestens der Sommer 2014 angepeilt. wok/als



Gruppenbild der Personalräte mit den beiden BSBD-Landesvorsitzenden. Das Foto rechts zeigt Georg Konrath vor dem Plenum der Personalräte und Personalrätinnen. Fotos (2): BSBD

Personalkompetenz: Bringen und Mitnehmen!

Personalräteschulung des BSBD vom 4. bis 6. 11. 2013 in Hößlinsülz

Der BSBD-Landesverband hatte in der Zeit vom 4. bis 6. November 2013 zu einer erstmals dreitägigen Personalräteschulung in den Landgasthof Roger in Hößlinsülz eingeladen – und rund vierzig Personalräte und Personalrätinnen aus allen Justizvollzugsanstalten des Landes waren gerne und mit großer Spannung dieser Einladung gefolgt.

Um es vorweg zu nehmen: die Fahrt ins schwäbische Unterland musste niemand bereuen, denn es gab sehr viel zu erfahren, zu diskutieren, untereinander auszutauschen – und auch in die heimischen Gefilde wieder mitzunehmen – kurz und knapp: viel differenziertes Wissen wurde geboten – und viel Kompetenz gewonnen. Für diesen Erfolg sorgten nicht nur die Anleiter der Schulung: der BSBD-Landesvorsitzende **Alexander Schmid** und sein erster Stellvertreter **Georg Konrath**, der ja auch Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Justizministerium ist; es kamen zu der Tagung auch eine Reihe Referenten und Gesprächspartner mit nicht zu übertreffender Sach- und Fachkunde – hierzu gehörten insbesondere:

- Ministerialrat **Oliver Weik**, Personalreferent der Abteilung IV im Justizministerium,
- **Monika Haas**, stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Rechtspfleger und Mitglied des HPR beim Justizministerium,
- **Ernst Steinbach** als stellvertretender Landesvorsitzender des Seniorenverbandes öffentlicher Dienst BW und
- **Hartmut Landbeck** von der Deutschen Beamten-Versicherung (**DBV-AXA**).

Wie sich aus den Aufgabengebieten der Personalräte nach dem LPVG – jeweils vor Ort – unschwer ableiten lässt, wird die Thematik um das Personal immer vielfältiger und zum Teil auch kompli-

zierter. Dies ist auch eine Konsequenz aus der Abgabe von Zuständigkeiten in Personalfragen an die Anstalten. Inwiefern die derzeit anstehende Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) Änderungen im Sinne von Vereinfachungen bringen wird, bleibt wohl in der Praxisarbeit abzuwarten.

Jedenfalls breitete Ministerialrat **Weik** den derzeitigen Sachstand in Personalfragen und maßgebliche Aspekte der Personalentwicklung im Justizvollzug mit einer sehr umfangreichen und ebenso beeindruckenden Power Point Präsentation vor den interessierten Personalräten aus. Es besteht sicher Einmütigkeit, dass er in seiner rund fünfständigen Darstellung wohl kein einziges Personalthema ausließ, die brisanten Probleme ansprach und mit unerwarteter Transparenz Überlegungen zu Lösungen aufzeigte. So konnte er auch ohne jede Einbuße der Aufmerksamkeit der Personalräte sicher sein, zumal er sich nicht nur als Referent, sondern auch als guter Gesprächspartner einbrachte.

Da dieser Bericht erst nach Redaktionsschluss am 15.11.2013 für den VOLLZUGSDIENST verfasst werden konnte, können die Themen der Schulung nur kurz angerissen werden. Ein ausführlicher Artikel zu dieser bemerkenswerten Veranstaltung ist für den VOLLZUGSDIENST 1/2014 vorgemerkt.

So können hier nur vorläufig ein paar Themen genannt werden, wie z.B. Dienstpostenbewertung und Beurteilungskriterien, arbeitsrechtliche Fragen, Mehrarbeit und Großverfahren in der Justiz, Fehlzeiten im Vollzug, Gesundheitsmanagement und Mitarbeiterbefragung, Auswirkungen des Haftplatzentwicklungsprogramms 2015 und Belegungsentwicklung, Personalauswahl bei Einstellungen, Aufstiegslehrgänge und Fortbildung, Abordnungen und Versetzungen u.v.a.m.

Es kann also mit Spannung dem ausführlichen Beitrag im nächsten *VOLLZUGSDIENST (1/2014)* entgegen gesehen werden. Von den Hauptpersonalräten – **Frau Haas** und **Georg Konrath** – wurden das LPVG und die im Entwurf vorliegende Novellierung dieses Gesetzes vorgestellt und erläutert. Da derzeit die Berufsverbände erst zu Stellungnahmen aufgefordert sind, kann über Neuerungen – etwa erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten – noch nichts Abschießendes gesagt werden.

Kollege **Ernst Steinbach** berichtete über die aktuellen Entwicklungen im 21.000 Mitglieder zählenden Seniorenverband öffentlicher Dienst BW sowie über die Bedeutung der Mitgliedschaft von Pensionären in diesem Verband. Diese Kooperation mit dem **BSBD** sei umso wichtiger, da die Pensionszahlungen zunehmend und immer ungenierter zur Manövriermasse in den Sparvorstellungen der Landesregierung werden.

Schließlich erläuterte Herr **Landbeck** von der **DBV** die aktuellen Veränderungen in der Beihilfe und in der Versorgung – und er wies auch auf Versorgungslücken hin.

Vom teilnehmenden Personalrat und Protokollanten **Hans Guggenheim** wurde zu guter Letzt folgendes bemerkt: „Es wird von den Teilnehmern eine sehr positive Bilanz von der sehr informativen und intensiven Tagung gezogen und man bedankt sich ausdrücklich bei den „Referenten“ und den Tagungsleitern. „Hervorgehoben wird auch, dass sich die Umstellung auf eine dreitägige Veranstaltung gelohnt habe, weil man wesentlich tiefer und differenzierter in die Materie eindringen konnte und dabei auch der (informelle) Meinungsaustausch nicht zu kurz kam“. Der Landesvorsitzende hatte bereits im Laufe der Tagung dem Organisator **Georg Konrath** für dessen herausragende Gestaltung und den Ablauf der Tagung gedankt – diesem Votum konnten sich die Teilnehmer im vollen Umfang anschließen. *wok*



Diskussionsrunde im Konferenzraum der JVA Heilbronn. Fotos (4) BSBD



HPR-Vorsitzender Georg Konrath, MdB Thomas Strobl und OW Thomas Stuntz.

MdB Thomas Strobl zu Besuch in der JVA Heilbronn

Zeitmangel wegen der Koalitionsverhandlungen in Berlin: Die ausgefallene Anstaltsführung wird nachgeholt

Trotz den aktuellen Koalitionsverhandlungen in Berlin fand der CDU-Landes- und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende die Zeit, am 18. Oktober 2013 der Einladung des BSBD-Ortsverbands Heilbronn zu folgen.

Nach einem Begrüßungsgespräch bei der Anstaltsleitung ging es aber recht schnell zur Sache. Interessiert folgte der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Heilbronn den Ausführungen des Ortsverbandsvorsitzenden **Thomas Stuntz**, seiner Delegation und dem Hauptpersonalratsvorsitzenden **Georg Konrath**, der bei den Themen unterstützend argumentierte. **Thomas Strobl** verfolgte aufmerksam die vorgetragenen Probleme, die nur auf dem politischen Weg gelöst werden können. Einige Dinge waren ihm bereits bekannt, die aber durch die direkte Berichterstattung der Kollegen nochmals vertieft wurden.



Kollege Fietz vom Werkdienst überreicht MdB Thomas Strobl eine in der JVA Heilbronn hergestellte „Jailers“-Tasche mit schwarzem Körper und roten Trageriemen als Geschenk für die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Hinweis: „Wenn die Riemen halten, hält auch die Koalition!“ MdB Strobl zeigte sich hiervon hocherfreut.

Leider war Herrn **Strobl** nicht viel Zeit vergönnt, da er bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin unmittelbar beteiligt ist. Er sicherte aber zu, sich mit seinem Strafvollzugsbeauftragten über die ihm ausgehändigten Themen in Verbindung zu setzen, und er versprach, die ausgefallene Anstaltsführung in nächster Zeit nachholen zu wollen. Auch bei dieser Gelegenheit werden wir – vom **BSBD** – unsere Probleme, Wünsche und Anregungen weitergeben. Zum Abschluss wurde dem Abgeordneten **Strobl** eine „schwarz-rote“ Jailers-Tasche von Kollege **Fietz** (VAW) überreicht.

Der OV Vorsitzende **Stuntz** bedankte sich bei dem Bundestagsabgeordneten **Thomas Strobl** für sein Kommen – trotz seinem gefüllten Terminkalenders. Herr **Strobl** sicherte zu, den Kontakt weiter fortzuführen bzw. auszubauen und sich jederzeit für die Belange des Strafvollzuges einzusetzen.

Lars Rinklin

20. Skinfit-Triathlon in Österreich

Diesjährige Veranstaltung wurde als „Night-Race“ durchgeführt

Das **TRIA-TEAM-MaGi** der JVA Ravensburg hat eifrig und hart auf die 4. Deutsche Meisterschaft im Triathlon der Justiz trainiert. Diese sollte in diesem Jahr in Hamburg stattfinden, musste aber aufgrund des „Elbhochwassers“ drei Tage vor dem Wettkampf abgesagt werden – schade!

Nachdem die beiden Athleten **Marcus** und **Gisbert** aus Ravensburg aber ihren Trainingsfleiß unter Beweis stellen wollten, wurde kurzum die Anmeldung zum „20. Skinfit-Jannersee-Triathlon“ am 17. August 2013 im Nachbarland Österreich getätigt. Bei diesem Wettkampf handelt es sich um eine absolute Sprintdistanz: 0,4/17/4. Das besondere bei der diesjährigen Veranstaltung war, dass sie

als „Night-Race“ durchgeführt wurde und der Startschuss erst um 17:30 Uhr erfolgte. An diesem herrlichen Samstagabend waren die Temperaturen noch bei ca. 30°C mit viel Sonnenschein. Zuerst gingen die Staffeln und die weiblichen Athleten ins Wasser und vier Minuten später folgten dann die ca. 200 männlichen Triathleten. Nach dem Start kam es im Wasser zu einem heftigen Gerangel durch Treten und Drücken, bevor dann eine Schwimmgasse erreicht sowie von den Sportlern die richtige Schwimmlage ausgeübt werden konnte. Unser Athlet **Marcus** kam zunächst besser voran und auch früher aus dem Wasser. Nach wenigen Radkilometern konnte **Gisbert** zu ihm aufschließen und zusammen konnten sie die WZ II erreichen, die dann auch

gemeinsam in Richtung Laufstrecke verlassen wurde. Hier konnte dann **Gisbert** seine Laufstärke ausspielen und etliche Minuten gut machen. Im Ziel als Finisher angekommen, gab es ein Foto Shooting und Erfrischungsgetränke sowie Obst und Energieriegel.

Den Abend ließ man dann mit der Siegerehrung und der After-Race-Party bei sportlichen Gesprächen ausklingen.



Rolf-Zöller-Gedächtnislauf

26. Deutsche Waldlauf-Meisterschaft im badischen Bruchsal

90 Läuferinnen und Läufer bewältigen zehn Kilometer lange Strecke

Die 26. Deutsche Waldlauf-Meisterschaft fand dieses Jahr am 14. September im badischen Bruchsal statt. Klar, dass an einer solchen Veranstaltung im „Ländle“ auch Läufer und Läuferinnen aus der JVA Ravensburg teilnehmen wollten. Gesagt – getan: angemeldet hat sich das Team Sonja, Bernd und Gisbert für diesen Wettkampf.

Der Waldlauf wurde im Waldseestadion der Bruchsaler Nachbargemeinde Forst sowie in deren Umgebung ausgerichtet. Am Vormittag hatte es noch ordentlich geregnet, aber pünktlich zum Beginn des Wettkampfes hatte der Wettergott ein Einsehen mit den Athleten, denn es hörte auf zu regnen und sogar die Sonne kam zum Vorschein. Der Lauf wurde als „Rolf-Zöller-Gedächtnislauf“ ausgerichtet; dieser Sportler war vor einigen Jahren allzu früh verstorben und nach einer Schweigeminute zu seinem Gedenken fiel der Startschuss pünktlich um 13:00



Bernd, Sonja und Gisbert.

Foto: BSBD

Uhr. Es machten sich ca. 90 Läuferinnen und Läufer auf die auf zehn Kilometer ausgelegte, flache und teilweise matschige Strecke auf den Weg. Es bildete sich zu Beginn eine Ausreisergruppe von sechs Läufern, denen sich unser Athlet **Gisbert** angeschlossen hatte. Das Tempo wurde zunächst hoch angegangen, so dass die ersten Kilometer im Schnitt jeweils bei drei Minuten und 30 Sek. lagen. Ab dem vierten Kilometer musste **Gisbert** dem hohen Tempo seinen Tribut zollen und konnte in der Spitzengruppe nicht mehr mithalten. **Bernd** hatte sich im Mittelfeld eingelaufen und **Sonja** im hinteren Drittel. Im Ziel angekommen, konnte dennoch jeder mit seiner Platzierung zufrieden sein. Der Wettkampf fand seinen Abschluss mit der Siegerehrung und einem geselligen Beisammensein bei Kaffee und Kuchen sowie Steaks und Wurst. Ein ganz herzliches „Dankeschön“ an die Sponsoren sowie an den Veranstalter der JVA Bruchsal: es war einfach schön.

LAUFTEAM SoBeGi

Thomas Röther nimmt an den World Games Spielen teil

Das deutsche Team holte in Kolumbien die Bronzemedaille

Thomas Röther von der Justizvollzugsanstalt Freiburg eilt im Jahr 2013 von einem sportlichen Erfolg zum nächsten. Im August wird er mit dem Tauziehverein Goldscheuer Deutscher Meister in der Bundeliga.

Nach der Deutschen Meisterschaft wurde er vom Nationaltrainer in die Nationalmannschaft berufen. Im September nahm **Thomas Röther** mit der Nationalmannschaft an der Euromeisterschaft in Holland teil und erreichte einen sehr guten vierten Platz.

Der absolute sportliche Höhepunkt im Jahr 2013 war aber die Teilnahme mit der deutschen Nationalmannschaft an den **World Games Spielen** in Kolumbien. Die **World Games** werden alle vier Jahre unter der Schirmherrschaft des Internationalen Olympischen Komitees an wechselnden Orten ausgetragen, jeweils im Jahr nach den Olympischen Sommerspielen. Vom 25. Juli bis zum 4. August traten

mehr als 3.300 Athletinnen und Athleten in Cali in Kolumbien zur weltweit größten Sportveranstaltung in diesem Jahr an. Das deutsche Team mit **Thomas Röther** holte bei diesen Spielen die Bronzeme-

daille. Nach der Rückkehr wurden alle Teilnehmer der **World Games** von Herrn **Dr. Wolfgang Schäuble** und Herrn **Dr. Hans-Peter Friedrich** für Ihre hervorragende Leistungen für das Land geehrt.



Im Bild von links nach rechts: Ltd. Reg. Dir. Egerer, Thomas Röther, Personalratsvorsitzender Rainer Bürgelin.

Foto: BSBD

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamendarlehen Zinssenkung September 2013

4,50% effektiver Jahreszins*

Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz: 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.820 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

BSBD-Ortsverband Freiburg:

Dreitägige Reise nach Köln vom 3. bis 5. Oktober 2013

JVA Köln, drittgrößte Justizvollzugsanstalt in der BRD und die größte in NRW wurde besichtigt

Nach einem Jahr Pause war es wieder soweit. Der Ortsverband plante in diesem Jahr nach alter Tradition eine Busreise. Dieses Mal sollte die Domstadt Köln besucht werden. Pünktlich startete man am Tag der Deutschen Einheit um 6:00 Uhr vom Parkplatz der JVA Freiburg. Nach einem Zwischenstopp in Riegel, wo weitere Teilnehmer zustiegen, ging es dann mit 25 Teilnehmern in Richtung Norden über die A 5.

Gegen 9:00 Uhr wurde auf einem Parkplatz in der Pfalz ein zünftiges Vesper eingenommen. Nach einem weiteren Zwischenstopp an der Moseltalbrücke, wurde dann die Autobahn verlassen. Unser Fahrer Kollege **Hans Hauber** steuerte den Bus souverän am Rhein entlang in Richtung Bonn. Nach der Stadtrundfahrt in Bonn wurde der Petersberg angesteuert. Bei schönstem Sonnenschein hatte man eine gute Aussicht über Bonn und das Rheintal. Am frühen Abend wurde die Hotelunterkunft in Overath erreicht. Nach Bezug der Zimmer stand dann der Abend zur freien Verfügung. Einige verblieben im Hotel, andere machten sich auf den Weg nach Köln.

Am Freitagmorgen stand die Besichtigung der JVA Köln auf dem Programm. Der Personalratsvorsitzende und stellvertretende **BSBD-Landesvorsitzende** von NRW **Heinz Klein** begrüßte uns in der JVA Köln sehr herzlich. Danach begrüßte uns der Leiter für Sicherheit **Frank Pohl** und gab Einblick in die JVA Köln, welche mit einer Belegungsfähigkeit von 1.171 Gefangenen und einer Größe von



V.l.n.r. Klein, Wintergerst, Pohl und Adler.

Foto: OV FR

fast 26 Hektar die drittgrößte JVA in der BRD und größte in NRW ist.

Danach bedankte sich der Ortsverbandsvorsitzende **Heinz Wintergerst** für die Gastfreundschaft und übergab ein Bild von der JVA Freiburg sowie Weinpräsente aus Baden und lud zu einem Gegenbesuch nach Freiburg ein. Nach der Besichtigung der JVA und dem Mittagessen begleitete uns Heinz Klein in die Innenstadt von Köln. Ein Spaziergang entlang des Rheins bei schönem Wetter rundete den Nachmittag ab.

Am Abend hatten die Kölner Kollegen in der Gaststätte „Gaffel zum Dom“ für uns einen Tisch reserviert. Bis auf den letzten Platz gefüllt, durften wir hier die rheinische Frohnatur erleben. Nach einem herzhaften Essen und Kölsch satt

sowie mit Hausmusik kam Faschings-Stimmung auf. Es wurden rheinische Lieder in Mundart gesungen. Alle Gäste hakten sich ein, sangen und schunkelten sitzend und stehend zu den einheimischen Klängen. Kurz vor Mitternacht hieß es dann Abschied nehmen, da der Bus zur Abfahrt zurück ins Hotel bereit stand. Einige jedoch verblieben noch in Köln und kamen später zurück ins Hotel.

Am Samstagmorgen nach dem Frühstück stand dann noch Köln zur freien Verfügung auf dem Programm. Der Kölner Kollege **Heinz Klein** ließ es sich nicht nehmen, sich noch einmal mit uns zu treffen. Nach der Besichtigung des Kölner Domes und Spaziergang durch die sehr belebte Innenstadt hieß es dann schließlich am frühen Nachmittag Abschied zu nehmen.

Kollege **Heinz Wintergerst** bedankte sich noch einmal bei dem Kollegen **Heinz Klein** und seinem Team, welches zum Gelingen dieser Ausflugsfahrt beigetragen hat, verbunden mit der Einladung auf ein baldiges Wiedersehen in Freiburg.

Auf der Heimfahrt bedankte sich **Heinz Wintergerst** noch bei den Kollegen, welche diese Fahrt mit organisiert hatten. Ein besonderer Dank von dieser Stelle an den **BSBD-Landesvorsitzenden** NRW **Peter Brock**, welcher sich bei einem Südländertreffen spontan bereit erklärt hatte, diese Fahrt zu vermitteln.

Ein weiterer Dank des Ortsverbandsvorsitzenden galt unserem eigenen Landesverband und seinem Vorsitzenden **Alex Schmid** für die finanzielle Unterstützung dieser Bildungsreise.

Werner Bürklin



Reisegruppe: Wir vom OV Freiburg vor der Pforte der JVA Köln.

Foto: BSBD